Kreis Offenbach

Werner-Hilpert-Straße 1
63128 Dietzenbach

Kreis Offenbach

An die Mitglieder des Gremiums als Niederschrift,
allen anderen zur Kenntnisnahme.

Niederschrift

der 13. Sitzung des Gremiums

Kreistag

am Mittwoch, 13.12.2017,
von 09:00 Uhr bis 11:40 Uhr

Ort: Kreistagsitzungssaal, 63128 Dietzenbach, Werner-Hilpert-Straße 1

Anwesenheitsliste:

Stimmberechtigte Mitglieder

Bernd Abeln
Maria Becht
Frank Berg
Claudia Bicherl
Wilfried Bodensohn
Max Breitenbach
Lothar Fella
Hubert Gerhards
Stephan Gieseler
Christian Gött
Sabrina Grab
Volker Horn
Clemens Jäger
Stefan Jaud
Jutta Kegelmann
Tobias Kraut
Dr. Alexander Krey
Thomas Lortz
Lars Neumann
Michael Rickert
Hildegard Ripper

Jörg Rotter
Helga Schmidt
Stefan Schmitt
Ismail Tipi
Ruth Disser
Ingeborg Fischer
Walter Fontaine
Dr. Jörg Friedrich
Kai Gerfelder
Andrea Gerlach
Tina Hobusch
Jürgen Hoffmann
Margrit Jansen
Jürgen Kaiser
Werner Müller
Halil Öztas
Serpil Sarikaya
Gisela Schmalenbach
Karl-Heinz Stier
Klaus-Peter Sulzmann
Anna Kristina Tanev
Manfred Tilsner
Maik Zimmer
Marlies Dassinger
Heinrich Eckert
Hans Joachim Förster
Arno Groß
Eberhard Kiel
Franziska Köhler
Gerhard Lederer
Maximilian Müger
Carola Nowak
Thomas Orth
Dr. Robert Rankl
Jochen Roos
Dr. Matthias Winter
Reimund Butz
Dr. Klaus-Uwe Gerhardt
Thomas Heilos
Anabelle Jäger
Werner Kremeier

Robert Müller
Maria Sator-Marx
Maria-Elisabeth Schefer
Andrea Wacker-Hempel
Karin Wagner
Dr. Daniell Bastian
Dr. Günter Gericke
Susann Guber
Christoph Hampe
Tobias Kruger
Michael Schüßler
Jutta Schwarz
Jürgen Kraft
Dr. Jürgen Ries
Rudolf Schulz
Jeannette Hallmann
Jona Löbcke
Harald Nalbach
Heinz-Georg Sehring
Natascha Bingenheimer

Mitglieder ohne Stimmberechtigung
Landrat Oliver Quilling
Erste Kreisbeigeordnete Claudia Jäger
Kreisbeigeordneter Carsten Müller
Sonja Arnold
Holger Gros
Heide Heß
Gerd Hibbeler
Frank Lortz
Norbert Schultheis
Bernd Vohl
Heide Wolf

Gäste
Hüsamettin Eryilmaz für Olga Lucas Fernández

Von der Verwaltung
Andreas Truntschka als Schriftführer

Entschuldigt:

Stimmberechtigte Mitglieder

Helmut Butterweck

Karlheinz Habermann

Jutta Puntke

Hidir Karademir

Dieter Zimmer

Mitglieder ohne Stimmberechtigung

René Rock

Walter Winter

Gäste

Olga Lucas Fernandez

Kreistagsvorsitzender Abeln teilt mit, dass am 15. November die Kollegin Margit Jansen einen runden Geburtstag feiern konnte. Ebenfalls einen runden Geburtstag feiern konnten am 25. November der Kollege Manfred Tilsner sowie am 29. November der Kollege aus dem Kreisausschuss René Rock.

Am heutigen Tage feiert die Kollegin Jutta Puntke ihren Geburtstag. Sie kann jedoch heute krankheitsbedingt leider nicht anwesend sein.

Kreistagsvorsitzender Abeln gratuliert über die schriftlichen Glückwünsche hinaus den heute Anwesenden nochmals persönlich zu ihrem besonderen Geburtstag und wünscht ihnen alles Gute, jedoch insbesondere Gesundheit, und übereicht ein kleines Präsent.

Weiterhin gratuliert er dem Kollegen Michael Schüßler zu seiner Wiederwahl als Erster Stadtrat der Stadt Rodgau und überreicht ihm ein kleines Präsent.

Kreistagsvorsitzender Abeln eröffnet die heutige Kreistagssitzung und begrüßt alle Anwesenden, stellt fest, dass mit Schreiben vom 22. November 2017 zu dieser Kreistagssitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Die Veröffentlichung der heutigen Sitzung erfolgte gemäß der Hauptsatzung in der Offenbach-Post vom 25. November 2017.

Kreistagsvorsitzender Abeln stellt fest, dass die Tagesordnung mit den Punkten 1 bis 15 vorliegt.

Er weist darauf hin, dass der Tagesordnungspunkt 4 „Beteiligungsbericht 2016“ vom Kreistag nach § 123 a Absatz 3 HGO nur zur Kenntnis genommen wird, eine Abstimmung darüber erfolgt nicht. In der nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses wird Gelegenheit für Fragen bestehen.

Zu Tagesordnungspunkt 6 „Sonderpädagogische Förderung im Kreis Offenbach“, einem Antrag der Fraktion Bündnis ´90/Die Grünen, hat der Antragsteller im Schulausschuss eine geänderte Fassung zu Protokoll erklärt.

Weiterhin liegt zum selben Tagesordnungspunkt ein Änderungsantrag der Fraktionen CDU und SPD vor.

Zu Tagesordnungspunkt 7 „Schulturnhalle der Ludwig-Erk-Schule in Langen“, einem Antrag der Fraktion FL-NEV, hat die Fraktion Bündnis ´90/Die Grünen einen Änderungsantrag vorgelegt.

Diese Änderungsanträge liegen in der Drucksache Abteilung III aus.

Zu Tagesordnungspunkt 8 „Personalentwicklung in der Kreisverwaltung“, einem Antrag der Fraktion Bündnis ´90 / Die Grünen, hat die antragstellende Fraktion aufgrund der Zusage des Landrats im Haupt- und Finanzausschuss, regelmäßig zu berichten, den Antrag für erledigt erklärt.

Zu Tagesordnungspunkt 9 „Prüfung Interkommunale Zusammenarbeit“, einem Antrag der Fraktion FW, hat der Antragsteller erklärt, die Vorlage zu schieben.

Zu Tagesordnungspunkt 10 „E-Government und Digitalisierung der Kreisverwaltung“, einem Antrag der Fraktion FDP, liegt zur heutigen Sitzung ein Änderungsantrag der Fraktionen CDU und SPD als Tischvorlage aus.

Zu Tagesordnungspunkt 12 „ÖPNV: Pilotprojekt „Bus on demand“ im Kreis Offenbach“, einem Antrag der Fraktion Bündnis ´90/Die Grünen, empfiehlt der Haupt- und Finanzausschuss, den Antrag an die Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach zur Prüfung und mit der Bitte um einen schriftlichen Bericht für den Kreistag zu überweisen.

Der Tagesordnungspunkt 15 „Politische Jugendförderung“, ein Antrag der Fraktion Die Linke, wurde vom Antragsteller zurückgezogen.

Gegen die Tagesordnung werden keine weiteren Einwände erhoben.

Kreistagsvorsitzender Abeln stellt deshalb die Tagesordnung als genehmigt fest.

Nach Rücksprache mit den Fraktionsvorsitzenden und auf Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses werden die Tagesordnungspunkte 5 und 12 auf die Tagesordnung II überstellt.

Der Kreistag ist damit einverstanden.

Kreistagsvorsitzender Abeln lässt über die auf die TO II überstellten Drucksachen in der Fassung des Haupt- und Finanzausschusses, wie sie heute als Drucksache Abteilung III ausliegen, abstimmen.

Der Kreistag beschließt einstimmig die auf die TO II überstellten Drucksachen.

(Die beschlossene Drucksache wird unabhängig vom Zeitpunkt der Beschlussfassung gemäß der Reihenfolge in der Tagesordnung der Kreistagssitzung aufgeführt.)

Gegen die Niederschrift über die Kreistagssitzung am 1. November 2017 sind bisher keine Einwände erhoben worden. Kreistagsvorsitzender Abeln stellt damit diese als genehmigt fest.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

TOP 1 Mitteilungen des Vorsitzenden

TOP 2 Mitteilungen des Kreisausschusses

TOP 3 Beantwortung von Anfragen

TOP 4 Vorlage des Beteiligungsberichtes 2016

TOP 5 Namensgebung für die Erwachsenen-Schule im HLL Dreieich
Vorlage: 0426/2017 Kreisausschuss

TOP 6 Sonderpädagogische Förderung im Kreis Offenbach
Vorlage: 0443/2017 Bündnis 90 / Die Grünen

TOP 7 Schulturnhalle Ludwig-Erk-Schule in Langen
Vorlage: 0437/2017 FL-NEV

TOP 8 Personalentwicklung in der Kreisverwaltung
Vorlage: 0375/2017 Bündnis 90 / Die Grünen

TOP 9 Prüfung interkommunale Zusammenarbeit
Vorlage: 0439/2017 FW

TOP 10 E-Government und Digitalisierung der Kreisverwaltung
Vorlage: 0445/2017 FDP

TOP 11 Fährbetrieb Mühlheim
Vorlage: 0424/2017 Bündnis 90 / Die Grünen

TOP 12 ÖPNV:
Pilotprojekt "Bus on demand" im Kreis Offenbach
Vorlage: 0440/2017 Bündnis 90 / Die Grünen

TOP 13 Weiterführung der Ortsumgehung Offenthal
Vorlage: 0442/2017 AfD

TOP 14 Einrichtung einer Seniorenvertretung
Vorlage: 0438/2017 FW

TOP 15 Politische Jugendförderung
Vorlage: 0339/2017 Die Linke

Protokoll:

Öffentlicher Teil:

TOP 1 Mitteilungen des Vorsitzenden

Kreistagsvorsitzender Abeln weist darauf hin, dass auf den Tischen als kleines Dankeschön für das Engagement im zu Ende gehenden Jahr 2017 Lebkuchen stehen. Die Lebkuchen wurden durch die Energieversorgung Offenbach finanziert.

TOP 2 Mitteilungen des Kreisausschusses

Kreistagsvorsitzender Abeln stellt fest, dass die nachfolgenden Mitteilungen des Kreisausschusses entsprechend der Absprache im Präsidium bereits in schriftlicher Form zur heutigen Sitzung als Tischvorlage verteilt wurden:

Neuaufnahme von Kommunalkrediten

Der Kreisausschuss hat in seiner Sitzung am 20. November 2017 zur Finanzierung des noch erforderlichen Bedarfs an Leistungsentgelten für die Sanierung der Schulen im Finanzhaushalt 2017 einen Kommunalkredit in Höhe von 8.118.756,00 Euro aufgenommen.

Der Zinssatz für das Darlehen über 8.118.756,00 Euro wurde bis Ende der Laufzeit (30.12.2037) auf 1,37 % p.a. plus einmaliger Courtage in Höhe von 1.500,-- Euro festgelegt.

Darüber hinaus hat der Kreisausschuss in seiner Sitzung am 20. November 2017 einen Kommunalkredit zur Finanzierung des Leistungsentgelts für die Sanierung der Schulen im Finanzhaushalt 2017 in Höhe von 13.046.000,-- Euro aufgenommen.

Der Zinssatz für das Darlehen über 13.046.000,-- Euro wurde bis Ende der Laufzeit (30.12.2027) auf 0,869 % p.a. festgelegt.

Überplanmäßige Ausgaben

Zur Deckung der Leistungen im Rahmen des SGB II (Verwaltungskosten nach der KoaVV) hat der Kreisausschuss durch Beschluss vom 06. November 2017 im Deckungskreis 87 – Budget FD 50 – als überplanmäßige Ausgaben 1.156.460,00 Euro für Aufwendungen aus gesetzlichen Leistungen bei der Buchungsstelle 50.20.01.71250040 zur Verfügung gestellt.

Die Deckung erfolgt durch Zuweisung des Bundes im Rahmen der Erstattung für Personal- und Sachkosten unter der Buchungsstelle 50.20.01.54800050.

Des Weiteren hat der Kreisausschuss in seiner Sitzung am 06. November 2017 zur Deckung der Leistungen im Rahmen des SGB II (Deckungskreis 83 – SGB II originäre Aufgaben Kreis) im Budget FD 50 als überplanmäßige Ausgaben 3.600.000,00 Euro für Aufwendungen aus gesetzlichen Leistungen zur Verfügung

gestellt.

Die Deckung erfolgt durch:

1) Verschiebung von Mitteln aus dem Deckungskreis 20
   (Minderaufwand bei 20.20.01.77100020) in Höhe von 1.150.000,00 Euro;

2) Minderausgaben im Deckungskreis 18 (Budget FD 53)
   in Höhe von 1.850.000,00 Euro;

3) Mehrerträge bei Buchungsstelle 50.20.03.54720011
   in Höhe von 600.000,00 Euro.

Der Kreisausschuss hat den Jahresabschluss 2016 festgestellt.

In seiner Sitzung am 04. Dezember 2017 hat der Kreisausschuss gemäß § 112 HGO den Jahresabschluss einschließlich aller Anlagen mit Anhang und Rechenschaftsbericht zum 31. Dezember 2016 festgestellt und zur Prüfung an die Revision weitergeleitet.
Nach § 112 Abs. 9 HGO ist der Kreistag unverzüglich über die wesentlichen Ergebnisse des Jahresabschlusses zu unterrichten.
Die wesentlichen Ergebnisse sind:
Der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag (Bilanzverlust) beträgt zum 31.12.2016 nunmehr 366,5 Mio. €. Gegenüber dem Vorjahr ist das eine Erhöhung um 5,8 Mio. €. Diese Zunahme ist durch den erwirtschafteten Jahresfehlbetrag 2016 (-16,0 Mio. €) und die Darlehensübernahme durch das Land Hessen im Rahmen des Schutzschirms (10,2 Mio. €) zu begründen.

Das Jahresergebnis in Höhe von -16,0 Mio. € fiel um 1,5 Mio. € besser aus als der im Nachtragshaushalt 2016 geplante Jahresfehlbetrag von -17,5 Mio. €. Das ordentliche Ergebnis liegt mit 16,1 Mio. € um 1,4 Mio. € niedriger als die Planung (-17,5 Mio. €). Im außerordentlichen Ergebnis ist eine Verbesserung von 0,09 Mio. € gegenüber der Planung zu verzeichnen.

Finanzierungskonzept ÖPNV

Der Aufsichtsrat der kvgOF hat am 7. Dezember 2017 zur Kenntnis genommen, dass der Entwurf der kvgOF für die Umsetzung eines neues Finanzierungs- und Organiationsmodells von den Gesellschaftern grundsätzlich begrüßt wird.

Er hat deshalb dem Vorschlag der Geschäftsführung zugestimmt, die detaillierte Ausarbeitung eines künftigen Finanzierungs- und Organisationskonzepts (FINORG) durch einen kompetenten externen Auftragnehmer durchführen zu lassen.

Damit sind die Forderungen des Kreistags gemäß seiner Beschlussfassung zum NVP 2016 ff. am 9. Dezember 2015 erfüllt, der einen zustimmenden Beschluss zum Nahverkehrsplan gefasst und gleichzeitig eine vertiefende Befassung mit der Neuordnung der finanziellen Lastenverteilung und der künftigen Organisation von Zuständigkeiten auf die kvgOF einerseits und die lokalen Stadtbusbetreiber (Stadtwerke) gefordert hatte.
Das vorliegende FINORG-Konzept soll diesen Beschlüssen des Kreistags und des Aufsichtsrats der kvgOF entsprechen und Bestandteil einer ersten Fortschreibung des NVP 2016 ff. werden.

Aktion Wunschweihnachtsbaum

Auch in diesem Jahr steht im Foyer des Kreishauses wieder der Wunschweihnachtsbaum.

Es ist schon Tradition, dass die zum Teil schwerstbehinderten Bewohnerinnen und Bewohner der Philipp-Jäger-Wohnanlage in Dietzenbach ihre Weihnachtswünsche am Weihnachtsbaum im Foyer des Kreishauses aufhängen.

Zu den Wünschen gehören auch dieses Jahr neben verschiedenen Gutscheinen von Möbelhäusern, Bekleidungshäusern auch Pflegeprodukte und Parfum, ein Disc-Man oder DVD und CDs, Bücher und Deko-Kalender. Eine der Wohngruppen wünscht sich eine Mikro-Musik-Anlage, andere Gruppen der Wohnanlage wünschen sich einen Smoothie-Maker.

Die Wunschliste liegt im Bürgerbüro des Kreishauses seit Ende November aus. Gerne können alle Bürgerinnen und Bürger, aber auch die Kreistagsfraktionen, die Kreistagsabgeordneten und Kreisbeigeordneten diese Wunschliste einsehen und den einen oder anderen Wunsch erfüllen.

Die Geschenke werden dann kurz vor dem Fest überreicht, damit sie pünktlich zur Bescherung unter dem bunt geschmückten Weihnachtsbaum in der Philipp-Jäger-Wohnanlage liegen und Freude bereiten.

Terminhinweise

Friedenslichtaktion,
2017 in Deutschland unter dem Motto “Auf dem Weg zum Frieden“

Überreichung des Friedenslichts im Foyer des Kreishauses
am Mittwoch, den 20. Dezember 2017 um 18:00 Uhr.

2018 Besuch der Sternsinger im Kreishaus Dietzenbach

Empfang im Foyer des Kreishauses am Dienstag, den 09. Januar 2018 um 18:00 Uhr.

Fastnacht Prinzenempfang beim Kreis Offenbach

Empfang der Tollitäten am Montag, den 05. Februar 2018 um 18:11 Uhr,
im Sitzungssaal des Kreistages.

Hinweis auf Veröffentlichungen

Im Flur liegen weitere Berichte, Broschüren und Einladungen zur Mitnahme bereit.

Das Informationsangebot reicht von

- dem Jahresbericht 2016 der Volkshochschule Kreis Offenbach bis hin zu
- der November-Ausgabe 5/17 der Informationsschrift „Landkreistag – Kompakt“, den Verbandsnachrichten des Hessischen Landkreistages.

Wer Interesse an diesen Veröffentlichungen hat, kann sich gerne am Info-Tisch im Flur bedienen.

Abgeordneter Werner Müller regt an, bei der Angabe von Haushaltsstellen künftig erläuternde Texte anzugeben, aus denen ersichtlich wird, worum es inhaltlich geht. Landrat Quilling sagt dies zu.

TOP 3 Beantwortung von Anfragen

Kreistagsvorsitzender Abeln stellt fest, dass die eingereichten parlamentarischen Anfragen für die heutige Kreistagssitzung entsprechend der Vereinbarung im Präsidium bereits zum Haupt- und Finanzausschuss schriftlich beantwortet wurden.

Die Anfragen Nr. 092 bis 096 und die dazugehörigen Antworten des Kreisausschusses wurden den Fraktionen am Freitag ausgehändigt.

Hierzu gibt es keine Nachfragen.

TOP 4 Vorlage des Beteiligungsberichtes 2016

Kreisbeigeordneter Müller erläutert den zur Sitzung vorgelegten Beteiligungsbericht.

Kreistagsvorsitzender Abeln weist darauf hin, dass in gewohnter Weise in der nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses Gelegenheit für Fragen zum Beteiligungsbericht bestehen wird.

TOP 5 Namensgebung für die Erwachsenen-Schule im HLL Dreieich
Vorlage: 0426/2017 Kreisausschuss

Die Vorlage des Kreisausschusses lautet wie folgt:

Die Erwachsenen-Schule im HLL Dreieich erhält folgenden Namen und Schulbezeichnung:

Schule für Erwachsene
Abendgymnasium & Abendrealschule
des Kreises Offenbach im HLL Dreieich

Der Kreistag beschließt die Vorlage des Kreisausschusses einstimmig.

TOP 6 Sonderpädagogische Förderung im Kreis Offenbach
Vorlage: 0443/2017 Bündnis 90 / Die Grünen

Der Antrag der Fraktion Bündnis ´90 / Die Grünen lautet wie folgt:

1. Der Kreis Offenbach setzt sich mit Nachdruck für eine inklusive, integrative und ganzheitliche Bildungsstruktur ein.

   - An allgemeinbildenden Schulen des Kreises Offenbach sind räumliche Voraussetzungen wie beispielsweise Barrierefreiheit für inklusiven Unterricht zu gewährleisten.
   - Für Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf ist die Wahlfreiheit zwischen allgemeiner Schule und Förderschule sicherzustellen.
   - An den Förderschulen soll ein bedarfsgerechtes Ganztagsangebot zur Verfügung gestellt werden.

2. Der Kreisausschuss wird aufgefordert, mit dem Staatlichen Schulamt dahingehend zu kooperieren, dass verlässliche schulorganisatorische Strukturen geschaffen werden, die nicht immer wieder verändert werden.

3. Für den Förderschwerpunkt Sprache an der Friedrich - Fröbel - Schule, Neu-Isenburg, soll ein stationäres Förderangebot vorgehalten werden. Dependancen wie die an der Konrad - Adenauer - Schule in Seligenstadt sind im Einverständnis der Schulen der Friedrich- Fröbel- Schule anzugliedern.

4. Die Strukturen von regionalen Beratungs- und Förderzentren (r-BFZ) für die Förderschwerpunkte Lernen, Sprache und Emotionale und soziale Entwicklung müssen ortsnah für Schüler*innen, Eltern und Kolleg*innen an verschiedenen Standorten (West, Mitte, Ost) erhalten werden.

5. Die Aufgaben der überregionalen Beratungs- und Förderzentren (Ü-BFZ) für die Förderschwerpunkte Geistige Entwicklung (GE) und Körperlich-motorische Entwicklung (KM) sind mit den Eltern, den allgemeinen Schulen und sozialen Einrichtungen zu kommunizieren und kontinuierlich zu aktualisieren.

Abgeordnete Sator-Marx hat für die antragstellende Fraktion im Schulausschuss eine geänderte Fassung des Antrags zu Protokoll gegeben. Der geänderte Antrag lautet wie folgt:

1. Der Kreis Offenbach setzt sich mit Nachdruck für eine inklusive, integrative und ganzheitliche Bildungsstruktur ein.

   - An allgemeinbildenden Schulen des Kreises Offenbach sind räumliche Voraussetzungen wie beispielsweise Barrierefreiheit für inklusiven Unterricht zu gewährleisten.
   - Für Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf ist die Wahlfreiheit zwischen allgemeiner Schule und Förderschule sicherzustellen.
   - An den Förderschulen soll ein bedarfsgerechtes Ganztagsangebot zur Verfügung gestellt werden.

2. Der Kreisausschuss wird aufgefordert, mit dem Staatlichen Schulamt

dahingehend zu kooperieren, dass verlässliche schulorganisatorische Strukturen geschaffen werden, die nicht immer wieder verändert werden.

3. Für den Förderschwerpunkt Sprache an der Friedrich - Fröbel - Schule, Neu-Isenburg, soll das schulische Förderangebot vorgehalten werden. Dependancen wie die an der Konrad - Adenauer - Schule in Seligenstadt sind im Einverständnis der Schulen der Friedrich- Fröbel- Schule anzugliedern.

4. Die Strukturen von regionalen Beratungs- und Förderzentren (r-BFZ) für die Förderschwerpunkte Lernen, Sprache und Emotionale und soziale Entwicklung müssen ortsnah für Schüler*innen, Eltern und Kolleg*innen an verschiedenen Standorten (West, Mitte, Ost) erhalten werden.

5. Die Aufgaben der überregionalen Beratungs- und Förderzentren (Ü-BFZ) für die Förderschwerpunkte Geistige Entwicklung (GE) und Körperlich-motorische Entwicklung (KM) sind mit den Eltern, den allgemeinen Schulen und sozialen Einrichtungen zu kommunizieren und kontinuierlich zu aktualisieren.

Die Fraktionen CDU und SPD haben zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses einen Änderungsantrag vorgelegt. Dieser lautet wie folgt:

Der Kreis Offenbach setzt sich weiterhin mit Nachdruck für eine inklusive, integrative und ganzheitliche Bildungsstruktur ein. Dazu gehört, dass

- soweit möglich die allgemeinbildenden Schulen im Bedarfsfall die räumlichen Voraussetzungen für inklusiven Unterricht bereitstellen,
- die Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf die Wahlfreiheit zwischen allgemeiner Schule und Förderschule haben,
- an den Förderschulen nach Möglichkeit Ganztagsangebote zur Verfügung gestellt werden.

Das Staatliche Schulamt wird aufgefordert, in enger Abstimmung mit dem Kreis Offenbach die schulorganisatorischen Strukturen dauerhaft zu gewährleisten. Dazu gehört,

- dass die ortsnahen regionalen Beratungs- und Förderzentren für die Schwerpunkte Lernen, Sprache sowie Emotionale und Soziale Entwicklung erhalten werden,
- dass die Bedeutung der überregionalen Beratungs- und Förderzentren für die Förderschwerpunkte Geistige Entwicklung und körperlich-motorische Entwicklung allen Beteiligten wie Eltern, allgemeinen Schulen und sozialen Einrichtungen beständig vermittelt wird,
- den Förderschwerpunkt Sprache an der Friedrich-Fröbel-Schule in Neu-Isenburg im Rahmen eines schulischen Förderangebotes dauerhaft zu sichern.

Der Kreistag beschließt den Änderungsantrag der Fraktionen CDU und SPD mit den Stimmen der Fraktionen CDU, SPD, FDP, FW, Die Linke, FL-NEV sowie mit der Stimme der Abgeordneten Bingenheimer, gegen die Stimmen der Fraktionen AfD und Bündnis ´90 / Die Grünen.

TOP 7 Schulturnhalle Ludwig-Erk-Schule in Langen
Vorlage: 0437/2017 FL-NEV

Der Antrag der Fraktion FL-NEV lautet wie folgt:

Der Kreisausschuss wird aufgefordert für die nächste Kreistagssitzung eine Vorlage zu erarbeiten die

1. die reine Reparatur des Daches und dessen Kosten darstellt.
2. die Kosten ermittelt für den Abriss und die Neuerrichtung der Schulturnhalle mit Erweiterung von Klassenräumen und Betreuungseinrichtungen.
3. klärt, ob für die Maßnahme KIP-Mittel beantragt werden können?
4. die Zeitdauer der Baumaßnahmen aufzeigt.

Kreistagsvorsitzender Abeln stellt fest, dass ein Änderungsantrag der Fraktion Bündnis ´90/Die Grünen zum Haupt- und Finanzausschuss eingebracht wurde. Der Änderungsantrag lautet wie folgt:

Der Antrag wird wie folgt geändert:

Der Kreisausschuss wird aufgefordert, für die nächste Kreistagssitzung eine Vorlage zu erarbeiten, die

1. ***fällt weg***
2. *die Kosten für den Abriss und Neuerrichtung der Schulturnhalle mit Erweiterung von Klassen- und Betreuungsräumen ermittelt,*
3. ***die Kosten aufzeigt für Hallenersatz während der Planungs- und Bauphase,***
4. *klärt, ob für die Maßnahme KIP – Mittel beantragt werden können,*
5. *die Zeitdauer der Maßnahme aufzeigt,*
6. ***Ergebnisse von Verhandlungen mit der Stadt Langen mit dem Ziel einer gemeinsamen Finanzierung der Maßnahme darstellt.***

(Änderungen: fett)

Abgeordneter Sehring erklärt für die Fraktion FL-NEV, dass der Änderungsantrag der Fraktion Bündnis ´90 / Die Grünen übernommen wird.

Kreistagsvorsitzender Abeln stellt fest, dass somit nur noch über den nun gemeinsamen Antrag abzustimmen ist.

Der Kreistag lehnt den gemeinsamen Antrag der Fraktionen Bündnis ´90/ Die Grünen und FL-NEV mit den Stimmen der Fraktionen CDU, SPD, FDP und Die Linke, gegen die Stimmen der Fraktionen AfD, Bündnis ´90 / Die Grünen, FW, FL-NEV und der Abgeordneten Bingenheimer ab.

TOP 8 Personalentwicklung in der Kreisverwaltung
Vorlage: 0375/2017 Bündnis 90 / Die Grünen

Der Antrag der Fraktion Bündnis ´90 / Die Grünen lautet wie folgt:

Der Kreisausschuss wird aufgefordert, einen Personalentwicklungsplan für die kommenden Jahre vorzulegen, der auf drohende Fehlentwicklungen eingeht und den anstehenden personellen Veränderungen der nächsten Jahre adäquat begegnet.

Der Plan soll folgende Schwerpunkte umfassen:

a) Erhöhung der Ausbildungsquote

b) Stärkung des präventiven Gesundheitsschutzes zur Reduzierung der Krankheitstage und Durchführung der vollständigen Gefährdungsbeurteilungen einschließlich der psychischen Belastungen in allen Fachdiensten,

c) Erweiterung der Stundenkontingente auf Wunsch („Teilzeit ohne Teilzeitfalle“)

d) Unter dem Postulat der Bürger*innen – und Dienstleistungsfreundlichkeit sollen konkrete Konzepte zur Weiterbildung und Karriereplanung und der Prozess der dezentralen Ressourcenverantwortung sowie zum eigenverantwortlichen Handeln gestärkt werden.

Der Antrag wurde aufgrund der Zusage des Landrats, regelmäßig zum Thema zu berichten, vom Antragsteller für erledigt erklärt.

TOP 9 Prüfung interkommunale Zusammenarbeit
Vorlage: 0439/2017 FW

Der Antrag der Fraktion FW lautet wie folgt:

Der Kreisausschuss wird gebeten zu prüfen, inwieweit Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit zwischen den dreizehn kreisangehörigen Kommunen bestehen. Der anschließende Bericht soll rechtzeitig vor den Haushaltsberatungen zur Verfügung stehen.

Der Antrag wurde vom Antragsteller bis zur nächsten Kreistagssitzung geschoben.

TOP 10 E-Government und Digitalisierung der Kreisverwaltung
Vorlage: 0445/2017 FDP

Der Antrag der Fraktion FDP lautet wie folgt:

Der Kreisausschuss des Kreises Offenbach wird beauftragt:

1.) die Digitalisierung der Kreisverwaltung (interne und Kommunikation/Interaktion der Bürger/-innen mit der Kreisverwaltung) - unter größtmöglicher Berücksichtigung von Datenschutz und Datensicherheit - engagiert voranzutreiben.

2.) mit Blick auf das Fazit aus dem „Bericht zum Sachstand E-Government“ vom 12.05.2014 einen aktuellen Bericht zur derzeitigen „IT-Landschaft“/Digitalisierung in der Kreisverwaltung sowie die erfolgten Digitalisierungsschritte und Investitionen in den Ausbau des E-Government seit dem genannten Bericht aus 2014 vorzulegen.

3.) einen kurz- und mittelfristigen Durchführungsplan für die weitere Digitalisierung der Kreisverwaltung vorzustellen. Dieser Plan soll u.a. folgende Aspekte veranschaulichen:
   a. Effiziente, digitale und rechtskonforme Kommunikationsmöglichkeiten der Bürger/-innen mit der Kreisverwaltung.
   b. Homogenisierung der internen und externen Informations- und Kommunikationstechnik.
   c. Live-Statusabfrage durch Bürger/-innen zu gestellten Anträgen und sonstigen Eingaben.
   d. Elektronische Terminvereinbarung/-vergabe/-erfassung/-dokumentation.
   e. Digitale Erfassung aller Verwaltungsvorgänge zur Prozessoptimierung.
   f. Digitalisierung und Neugestaltung der Verwaltungsprozesse in der Kreisverwaltung.
   g. Kostenplan (Hard- und Software) für die weitere Digitalisierung der Kreisverwaltung; aufgeschlüsselt nach Investitionen und ständigen Update- bzw. Unterhaltskosten.
   h. Beachtung von Datenschutz und Datensicherheit.

4.) den im Fazit des „Bericht zum Sachstand E-Government“ vom 12.05.2014 genannten „gegebenen Zeitpunkt“ für die Bereitstellung von Mitteln zum Ausbau des E-Governments zu benennen.

Kreistagsvorsitzender Abeln stellt fest, dass zur heutigen Sitzung ein Änderungsantrag der Fraktionen CDU und SPD vorliegt. Der Änderungsantrag lautet wie folgt:

Der Kreisausschuss wird gebeten, den „Bericht zum Sachstand E-Government“ vom 12.05.2014 fortzuschreiben und dem Kreistag einen aktuellen Sachstand zum Thema Digitalisierung in der Verwaltung vorzulegen.

Dabei sollen
- alle bereits realisierten oder begonnenen Maßnahmen zur digitalen Information und Kommunikation, sowohl intern wie extern, dargestellt werden,
- die kurz-, mittel- und langfristigen zukünftigen Planungen und Durchführungsschritte erläutert
- und –soweit möglich- mit Personalbedarf, Zeitplan und notwendiger

Finanzausstattung vorgestellt werden.
- im nächsten Fachausschuss geeignete Fachleute einzuladen um über das Onlinezugangsgesetz zu informieren. Es wäre sinnvoll, Vertreter der Städte und Gemeinden hierzu mit einzuladen, da für deren Verwaltungshandeln die gleichen gesetzlichen Vorgaben gelten.

Der Kreistag beschließt den Änderungsantrag der Fraktionen CDU und SPD mit den Stimmen der Fraktionen CDU, SPD, AfD, Bündnis ´90 / Die Grünen und FL-NEV, gegen die Stimmen der Fraktionen FW, Die Linke, von Teilen der Fraktion FDP sowie gegen die Stimme der Abgeordneten Bingenheimer, bei Enthaltung von Teilen der Fraktion FDP.

TOP 11 Fährbetrieb Mühlheim
Vorlage: 0424/2017 Bündnis 90 / Die Grünen

Der Antrag der Fraktion Bündnis ´90 / Die Grünen lautet wie folgt:

Der Kreisausschuss wird beauftragt,

a) den Fährbetrieb in Mühlheim schnellstmöglich wieder sicher zu stellen,
b) bei der Wiederinbetriebnahme eine zuverlässige, regelmäßige und tägliche Verbindung zu gewährleisten,
c) dafür Sorge zu tragen, die Fährverbindung in den Nahverkehrsplan aufzunehmen,
d) in Verhandlung mit den Main – Kinzig- Kreis zu treten mit dem Ziel einer Kostenbeteiligung.

Der Kreistag lehnt den Antrag der Fraktion Bündnis ´90 / Die Grünen mit den Stimmen der Fraktionen CDU, SPD, AfD, FDP und FL-NEV, gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis ´90 / Die Grünen, FW und der Abgeordneten Bingenheimer, bei Enthaltung der Fraktion Die Linke ab.

TOP 12 ÖPNV:
Pilotprojekt "Bus on demand" im Kreis Offenbach
Vorlage: 0440/2017 Bündnis 90 / Die Grünen

Der Antrag der Fraktion Bündnis ´90 / Die Grünen lautet wie folgt:

Der Kreistag Offenbach empfiehlt, dass im Kreisgebiet als Pilotprojekt in Kooperation mit einer Kommune ein „Bus on demand“ gestartet wird.

Es sollte angestrebt werden, das Pilotprojekt über wenigstens zwei Jahre durchzuführen. Kern des Projektes sollte eine über Smartphone gesteuerte Anforderung der Beförderung sein.

Nach jeweils einem bzw. zwei Jahren sollten die Erkenntnisse dem Kreistag berichtet werden.

Kreistagsvorsitzender Abeln stellt fest, dass der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt, den Antrag der Kreisverkehrsgesellschaft zur Prüfung und mit der Bitte um einen schriftlichen Bericht für den Kreistag zu überweisen.

Der Kreistag beschließt einstimmig, den Antrag der Fraktion Bündnis ´90 / Die Grünen der Kreisverkehrsgesellschaft zur Prüfung und mit der Bitte um einen schriftlichen Bericht für den Kreistag zu überweisen.

TOP 13 Weiterführung der Ortsumgehung Offenthal
Vorlage: 0442/2017 AfD

Der Antrag der Fraktion AfD lautet wie folgt:

Die Kreisverwaltung wird beauftragt, sich für eine Optimierung der Verkehrsentlastung im Südkreis einzusetzen und gemeinsam mit der Stadt Rödermark, Planungsrecht für eine südliche Umgehungsstraße im Ortsteil Urberach zu schaffen.

Hierzu wird der Landrat gebeten, zeitnah Gespräche mit der Stadt Rödermark, dem Landkreis Darmstadt-Dieburg, der Stadt Eppertshausen und dem Straßen- und Verkehrsmanagement des Landes Hessen (Hessen-Mobil) über eine Weiterführung der Ortsumgehung Offenthal (B486) bis zu einer direkten Anbindung an die B45 (Eppertshäuser Knoten) zu führen.

Der Kreistag lehnt den Antrag der Fraktion AfD mit den Stimmen der Fraktionen CDU, SPD, Bündnis ´90 / Die Grünen, FDP und Die Linke, gegen die Stimmen der Fraktion AfD, bei Enthaltung der Fraktionen FW und FL-NEV sowie der Abgeordneten Bingenheimer ab.

TOP 14 Einrichtung einer Seniorenvertretung
Vorlage: 0438/2017 FW

Der Antrag der Fraktion FW lautet wie folgt:

Der Kreisausschuss wird beauftragt, die Einrichtung einer Seniorenvertretung in Form eines Seniorenbeirates auf Kreisebene zu prüfen. Dieses Gremium soll die inhaltliche Arbeit der Leitstelle Älterwerden unterstützen.

Abgeordneter Jaud verweist auf seine Ausführungen im Sozialausschuss und bittet den Kreisausschuss, bei der Prüfung die Erfahrungen aus anderen Landkreisen einzubeziehen.

Der Kreistag beschließt den Antrag der Fraktion FW mit den Stimmen der Fraktionen CDU, SPD, Bündnis ´90 / Die Grünen, FW sowie der Abgeordneten Bingenheimer, gegen die Stimmen der Fraktionen AfD und FL-NEV, bei Enthaltung der Fraktionen FDP und Die Linke.

TOP 15 Politische Jugendförderung
Vorlage: 0339/2017 Die Linke

Der Antrag der Fraktion Die Linke lautet wie folgt:

Der Kreisausschuss wird beauftragt, eine substanzielle Förderung der Jugend in der Politik nach dem Vorbild des Kreises Groß-Gerau einzurichten. Demnach wird nach der Sitzverteilung im Kreistag eine Summe von 3000 Euro an die Jugendorganisationen der jeweiligen Parteien ausgeschüttet.

Kreistagsvorsitzender Abeln stellt fest, dass der Antragsteller den Antrag zurückgezogen hat.

Bernd Abeln
Vorsitzender

Andreas Truntschka
Schriftführer